

Marzahn-Hellersdorf **links**

DIE LINKE. Bezirksverband Marzahn-Hellersdorf • Informationsblatt

„Zur Person“ stellen wir Ihnen Christian Schwinge vor, vielen Leserinnen und Lesern dieses Infoblattes sicher kein Unbekannter, kann man doch jeden Monat die von ihm gestaltete Jugendseite lesen Seite 2

Regelmäßig durchgeführt wird die Sprechstunde in Sachen Hartz IV, Jobcenter und zu weiteren Themen im Linken Treff. Jüngst kam eine agile kleine Frau mittleren Alters. Sie wirkte sehr verzweifelt. Was war geschehen? Seite 3

Die Jugendseite - dieses Mal mit den Themen: Ausschreibung eines Mentoringprogramms der Partei DIE LINKE mit Bewerbungstermin 15. Mai 2011 / Studierendenverbände fordern freien Zugang zu Masterstudiengängen Seite 7

Unsere Kandidatinnen und Kandidaten für das Berliner Parlament

Wahlkreis 2:

Dr. Manuela Schmidt

47 Jahre alt
Bezirksstadträtin
für Jugend und Familie



Wahlkreis 1: Wolfgang Brauer

57 Jahre alt
Lehrer/Studienrat
Mitglied der Fraktion
DIE LINKE im
Berliner Abgeordnetenhaus



Wahlkreis 3:

Dr. Gabriele Hiller

51 Jahre alt
Lehrerin/Studienrätin
Mitglied der Fraktion
DIE LINKE im
Berliner Abgeordnetenhaus



Wahlkreis 6:

Klaus-Jürgen Dahler

55 Jahre alt
Sozialberater
Mitglied der Fraktion
DIE LINKE in der BVV



Wahlkreis 4:

Regina Kittler

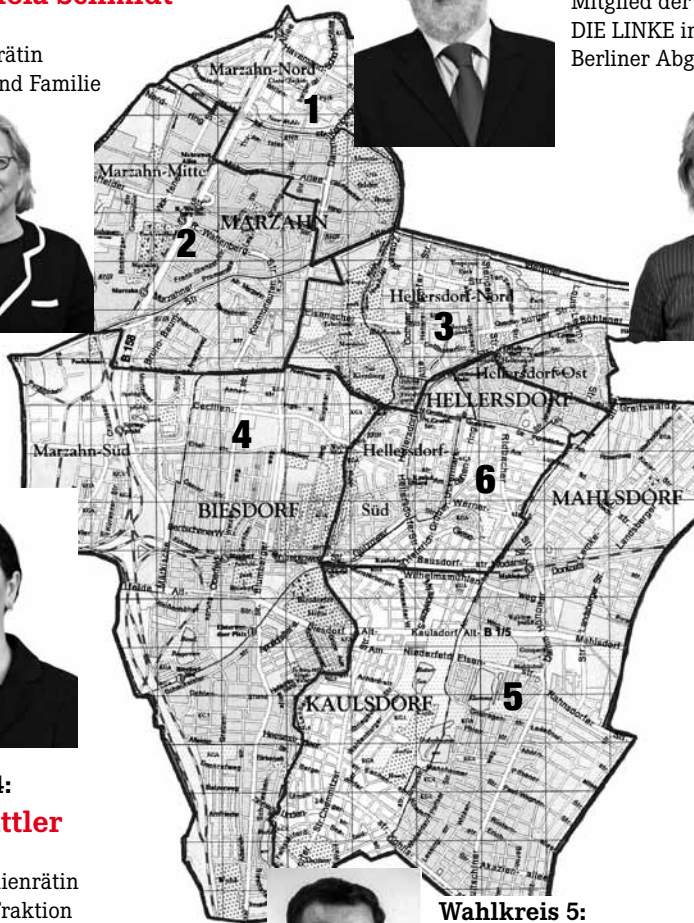
55 Jahre alt
Lehrerin/Studienrätin
Mitglied der Fraktion
DIE LINKE in der BVV



Wahlkreis 5:

Dr. Heinrich Niemann

66 Jahre alt
Bezirksstadtrat a.D.
Mitglied der Fraktion
DIE LINKE in der BVV



Fotos: DIE LINKE, Berlin

Was gibt's noch?

Seite 2:

- Zur Person: Christian Schwinge
- Petra Pau: Eine Maut-Geschichte

Seite 3:

- Gedenken am 21. April 2011
- Vom alltäglichen Wahnsinn mit „Hartz IV“

Seite 4:

- DIE LINKE für Lehrerinnen und Lehrer
- Aus dem Bezirksvorstand

Seite 5:

- Römer, Müllschlucker, kaputte Straßen
- Infosplitter

Seite 6:

- Politische Bildung: Intelligenz in der DDR
- Aus den Siedlungsgebieten

Seite 7:

- Jugendseite

Seite 8:

- Tipps und Termine
- Hinten links

Zur Person: **Christian Schwinge** **Junger Genosse mit vielen Angeboten**

Vor einigen Jahren wurde Christian in diesem Infoblatt unter dem Titel „Jugend und Parteiarbeit“ schon einmal vorgestellt. Dem Springpfühlkiez, in dem er aufwuchs, ist der 27-Jährige treu geblieben. Mit anderen Gleichgesinnten wohnt er in einer WG am Helene-Weigel-Platz. Er ist bereits seit zehn Jahren Mitglied der Partei und sagt: „Veränderungen in der Gesellschaft, aber auch innerhalb der Partei, kommen nicht über Nacht. Dauerhaft dabei bleiben ist wichtig! Und zwar dort, wo es möglich ist, wirkliche Veränderungen auch zu erreichen. Dies ist für mich nur in der LINKEN möglich.“ Von Christians Interesse an Parteiarbeit konnten sich die Delegierten der Hauptversammlung Anfang April überzeugen.

Souverän hat er die Genossinnen und Genossen durch die Diskussion des bezirklichen Wahlprogramms und die Abstimmung der Änderungsanträge geführt. Redaktionelles Arbeiten und Layouten sind sozusagen sein Steckpferd. Mit seinen Fähigkeiten unterstützt Christian Fraktion und Bezirksorganisation, sei es bei der Gestaltung von Flyern, Flugblättern, Anzeigen in der Lokalpresse oder der Gestaltung der Jugendseite von Marzahn-Hellersdorf links.

Neben diesen „stillen“ Arbeiten sucht er aber auch gern den Kontakt zu Menschen jedes Alters an Ständen, um ihnen linke Politik nahe zu bringen. Mit seinen Erfahrungen aus



Christian Schwinge Foto: privat

dem Bundestagswahlkampf 2009 bei „Linksaktiv“ und vor Ort im Team Pau, will er sich im diesjährigen Berliner Wahlkampf wieder aktiv einbringen, mit Ideen, in der Planung,

bei Steckaktionen und am Stand, auch mit logistischer Unterstützung wie Auf- und Abbau. Man kann schon sagen, dass Politik mit all diesen Facetten sein Hobby ist, das er mit seinem Status als Studierender in Übereinstimmung bringt. Christian studiert an der TU Berlin Stadt- und Regionalplanung. Damit ist er geradezu prädestiniert für die neue BVV-Fraktion, kann Theorie und Praxis in den Bereichen ökologische Stadtentwicklung, Großsiedlung, Siedlungsgebiete, Verkehr, Umwelt und Natur miteinander verbinden. Die Veränderungen, die der demografische Wandel mit sich bringen wird, sind für ihn eine spannende Herausforderung. Gerade in Marzahn-Hellersdorf sieht er viel Entwicklungspotential. Außerdem kann Christian trotz seines jungen Lebensalters bereits Erfahrungen aus dem Arbeitsleben einbringen. Von Beruf ist er Einzelhandelskaufmann, hat als solcher und in anderen Jobs gearbeitet, war als Zivildienstleistender bei der Volkssolidarität tätig.

In der Nominierungsveranstaltung für die BVV-KandidatInnen errang der hilfsbereite und sympathische Genosse einen hervorragenden 10. Platz auf der Liste. Nach seinen Gründen für die Kandidatur befragt, äußert er bescheiden, dass jetzt die Zeit gekommen sei, auch direkte Verantwortung für DIE LINKE in der Kommunalpolitik zu übernehmen. Dazu wünschen wir ihm viel Erfolg!

Sabine Behrens

Petra Pau (MdB)

Eine streitbare Maut-Geschichte

„Eure Rede aber sei: Ja, ja; nein, nein; was darüber ist, das ist vom Übel.“ Aber so einfach ist das nicht immer. Es geht mir hier auch nicht, wie in der Bibel, ums Lügen, sondern um linke Differenzen in der Sache. Deshalb beschreibe ich die Neuaufgabe eines schon einmal erlebten Konflikts.

Teil 1 spielte vor 2005. Im Bundestag wurde über eine Lkw-Maut auf deutschen Autobahnen debattiert. Die Mehrheit entschied sich für Tollcollect, ein elektronisches System, das genau erfasst, wer wann wo wie viele Kilometer gefahren ist. So könnten Gebühren exakt ermittelt werden, wurde gelobt.

Teil 2 ereignete sich 2006: Ein vermeintlicher Mörder wurde gesucht. Er sei Lkw-Fahrer und über die Autobahn entkommen, hieß es in den Nachrichten. Dann müsse man auch die Mautdaten nutzen, um seiner habhaft zu werden. Sagte der linke Anwalt. Immer mehr Lkw weichen obendrein auf Landstraßen aus, klagte die linke Kommunalpolitikerin. Deshalb sollte das Maut-System ausgedehnt werden. Wollt ihr wirklich die totale Überwachung, warf die linke Bürgerrechtlerin ein. Und schon hatten wir den linken Salat. Alle drei hatten aus ihrer Sicht Recht. Heraus

kam dennoch ein Konflikt.

Teil 3 ist aktuell, also 2011. Wieder geht es im Bundestag um die Maut. Nur die handelnden Personen sind zum Teil andere. Union und FDP wollen das Mautsystem auch für 1.000 Kilometer auf übergeordneten Landstraßen. Viel zu wenig, moniert der linke Verkehrspolitik. 11.000 Kilometer zusätzlich seien das sozial-ökologische Mindestmaß und das nicht nur für Brummis. Wie heißt es in dem schönen Schunkellied: „Guten Morgen, liebe Sorgen, seid ihr auch schon alle da?“

Als ich jüngst in Israel unterwegs war, meldete das Pkw-Display plötzlich: „Wir haben sie jetzt eingeloggt – Tollcollect.“ Das staatlich hofierte Tollcollect-Überwachungssystem erfasst inzwischen auch in Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, in immer mehr Ländern und auf immer mehr Straßen Bewegungsdaten.

Das sind inhaltliche, ja programmatische Konflikte, bei denen sich Streit lohnt: Die Gleichberechtigung von sozialen und Bürgerrechten! Proklamiert ist sie schnell, aber die Wahrheit ist immer konkret und widersprüchlich.

Einladung zum 21. Neuenhagener Gespräch

**Donnerstag, 12. Mai 2011,
19.00 Uhr im Dachsaaal der ARCHE
15366 Neuenhagen
Carl-Schmücke-Straße 33**

mit Helge Mewes
Mitarbeiter im Bereich Strategie und
Grundsatzfragen des Bundesvorstandes der Partei DIE LINKE

Thema:

**Landtagswahlen 2011
– Halbzeitbilanz**

Welche Lehren und Schlussfolgerungen sind aus den Landtags- und Bürgerschaftswahlen in Sachsen-Anhalt, Hamburg, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz zu ziehen, besonders hinsichtlich der Berliner Wahlen im Herbst?

Norbert Lüttke als Bezirksstadtrat abgewählt

Alle Fraktionen stimmten für Abberufungsantrag

Am Abend des 2. Mai votierten in geheimer Abstimmung 41 der 48 anwesenden Bezirksverordneten für die Abberufung des Bezirksstadtrates für Ökologische Stadtentwicklung, Norbert Lüttke. Zur Annahme des von allen Fraktionen eingebrachten Antrages war eine Mehrheit von 2/3 der Mitglieder des Hauses notwendig, die erreicht wurde.

Norbert Lüttke, der aus gesundheitlichen Gründen nicht an der Sitzung teilnahm, hatte bis zuletzt gegenüber seiner Partei und Fraktion nicht Stellung genommen. Eine kurz vor der Sitzung an alle Verordneten verteilte Erklärung seinerseits sorgte daher für Unverständnis bei der Linksfraktion. In einer Auszeit der Fraktion berieten die LINKEN diese Erklärung und stellten fest, dass eine Abberufung unumgänglich ist.

Die Vorsitzenden der in der BVV vertretenen Fraktionen begründeten den Interfraktionellen Antrag. Linksfraktionschef Klaus-Jürgen Dahler sagte hierzu:

„Er ist unserer Aufforderung (nach Rücktritt, Anm. d. R.) nicht gefolgt und deshalb haben wir den heute zu beschließenden Antrag mit eingebracht. Wir haben als DIE LINKE den Anspruch, eine moderne linke sozialistische Bürgerrechtspartei zu sein und protestieren zu Recht gegen zunehmende Datenspeicherung und Überwachungspraktiken der Bundesregierung. Hier kann man auch wegen unserer eigenen Geschichte zu Recht erwarten, dass von den Mandatsträgerinnen unserer Partei der Grundsatz des Vertrauensschutzes und des demokratischen Miteinan-

ders respektiert wird. [...] Trotz seines nicht zu rechtfertigenden Verhaltens hat Norbert Lüttke einen großen persönlichen Anteil an der Entwicklung unseres Bezirkes. [...] Doch am Ende steht: Das Fehlverhalten von Norbert Lüttke ist zu verurteilen, es kann und

darf nicht relativiert werden!“ An der Sitzung nahmen neben vielen BürgerInnen auch Mitglieder des Abgeordnetenhauses aus mehreren Fraktionen teil.

Björn Tielebein

Gedenken am 21. April 2011

Sehr engagiert und berührend sprachen Dagmar Pohle, Bezirksbürgermeisterin (DIE LINKE), Günther Krug, MdA (SPD), Nickel von Neumann, Bezirkssprecher (Bündnis 90/Die Grünen), und der junge Mann von der Antifa-Hellersdorf. Der Wunsch, all jener zu gedenken, die noch in den letzten Tagen des von Nazideutschland ausgegangenen

2. Weltkrieges ihr Leben lassen mussten, war bei allen Beteiligten deutlich spürbar. Der tief empfundene Dank galt den Soldaten der Roten Armee und ihrer alliierten Verbündeten. Am 21. April 1945 erreichten die ersten Sowjetsoldaten die Stadtgrenze von Berlin. Es begann die letzte Etappe des Endes der Schreckensherrschaft. Gleichsam wurde der unzähligen Opfer unter der Zivilbevölkerung gedacht, nicht ohne sehr deutlich zu machen, dass der Krieg 1945 in Berlin lediglich an seinen

Ausgangspunkt zurückgekehrt war und die sehr persönlichen Erfahrungen des Einzelnen selbstverständlich tausenderlei eigene Sichtweisen offenbaren.

Einig waren sich alle Anwesenden darin, das Glück einer 66 Jahre währenden Friedenszeit in Mitteleuropa weiter bewahren zu wollen und sich, wo auch immer der Einzelne dazu in

der Lage ist, dafür einzusetzen, dass von Deutschland nie wieder ein Krieg ausgeht.

Schon eine Tradition, schmückten junges Birkengrün und rote Nelken die Nikolai-Bersarin-Brücke, benannt nach dem ersten Stadtkommandanten



von Berlin, und ließen Radfahrer kurz aufmerksamer fahren und Autofahrer über die Veränderung an der Brücke einen Augenblick nachdenken.

Text: Sabine Schwarz

Foto: MiVo

Vom alltäglichen Wahnsinn mit Hartz IV:

Heute: Sanktionen und „Stallpflicht“ für junge Erwachsene

Zur Hartz-IV-Sprechstunde im Linken Treff kam eine agile kleine Frau mittleren Alters. Sie wirkte sehr verzweifelt. Was war geschehen?

Sie lebt mit ihrem 22-jährigen Sohn zusammen. Bis zu seinem 26. Geburtstag gestattet das Jobcenter einen Auszug aus der elterlichen Wohnung ohne finanzielle Einbußen nur, wenn besondere familiäre Probleme glaubhaft gemacht werden können, die dazu vor der Behörde auszubreiten sind. Bis dahin gehört der Sohn auch zur elterlichen Bedarfsgemeinschaft. Die Kosten der Unterkunft (Miete) werden anteilig für jedes „Bedarfsgemeinschafts-Mitglied“ gezahlt. Dabei spielt der Mietvertrag keine Rolle, der Behörde ist es gleich, wer zur Zahlung gegenüber dem Vermieter verpflichtet ist. Die Folgen für die Mutter sind absehbar:

Ihr Sohn war ihrem Einfluss entglitten. Er hatte weder Arbeit noch Ausbildung und kümmerte sich auch nicht darum. Die Worte seiner Mutter waren ihm schon lange egal. Er hatte seinen Wohnungsschlüssel und

kannte den Weg zum Kühlschrank und zum Bett. Die Post vom JobCenter interessierte ihn nicht. Im Ergebnis kürzte das JobCenter zuerst seine Leistungen zum Lebensunterhalt und dann auch seine Kosten der Unterkunft. Natürlich beantragte er auch keine Lebensmittel-Gutscheine, so was Unangenehmes wie Anträge ausfüllen und auf Ämtern in der Schlange stehen trieb ihn regelmäßig in die Flucht – schließlich wusste er, was da auf ihn zukommt, er hatte ja mal das AIG II beantragt. Sanktionen werden in Form von Kürzungen der Regelleistung um 10 % des Regelsatzes bei „leichten“ (z. B. Nicht-Erscheinen zum Gesprächstermin) oder 30 % bei „schweren Pflichtverletzungen“ (z.B. Soll-Zahl an Bewerbungen laut Eingliederungs-„Vereinbarung“ nicht erfüllt oder Abbruch einer Maßnahme) vorgenommen. Bei mehreren Verletzungen der geforderten Mitwirkungs-Bemühungen addieren sich die Kürzungen, bis gar keine Leistungen zum Lebensunterhalt mehr gezahlt werden. In diesem Fall können Lebensmittel-Gutscheine beantragt werden. Ob sie

tatsächlich ausgegeben werden, liegt im Ermessen der Behörde. Bei Arbeitslosengeld-II-Empfänger/innen, die 26 Jahre oder älter sind, werden wenigstens die Kosten der Unterkunft (Miete) davon ausgenommen. Bei jungen Erwachsenen bis zum 25. Lebensjahr werden gegebenenfalls auch die Kosten der Unterkunft bis auf Null abgesenkt. Dafür gibt es keine Gutscheine oder andere Ersatzleistungen.

Im Ergebnis musste die Mutter die Hälfte der Miete aus ihrem Regelsatz bezahlen – und das Essen konnte sie ihrem Sohn auch nicht völlig vorenthalten. Nachdem alle infrage kommenden Leute ihr etwas geborgt hatten, war sie mit ihrem Latein am Ende, sie wurde Mietschuldnerin. Da ihr Sohn schon 22 Jahre alt ist, gibt es auch keine sozialpädagogischen Hilfen vom Jugendamt. Für Erwachsene gibt es so was z.B. bei der Wohnungslosenhilfe ... Jetzt wird sie wohl ihr Wohnungstürschloss austauschen müssen ...

Hartz IV muss weg!

Sonja Hildebrandt

DIE LINKE für Solidarität mit Lehrerinnen und Lehrern

Zu Beginn der BVV-Sitzung im April gab Linksfraktionschef Klaus-Jürgen Dahler eine Erklärung zu den Vorwürfen gegen Bezirksstadtrat Norbert Lüdtke ab. Zuvor wurde diese durch eine Sondersitzung der Fraktion beschlossen. Darin wird Norbert Lüdtke zum sofortigen Rücktritt aufgefordert. Es wurde ein Abberufungsantrag von allen Fraktionen in die BVV eingebracht und in erster Lesung behandelt. Die Abstimmung soll in zweiter Lesung in einer Sondersitzung der BVV am 2. Mai 2011 ab 17 Uhr im Freizeit Forum Marzahn stattfinden.

Im weiteren Verlauf der Sitzung gab es im Besonderen bei den Anträgen einen heftigen Schlagabtausch. DIE LINKE hatte einen dringlichen Antrag eingebracht, sich solidarisch mit allen Pädagoginnen und Pädagogen zu erklären. Hintergrund waren die derzeitigen

Streikauseinandersetzungen im Öffentlichen Dienst, bei denen verbeamteten LehrerInnen Strafmaßnahmen durch die Senatsbildungsverwaltung angedroht wurden.

SPD, CDU, FDP und Bündnis-Grüne stellen sich unserem Ansinnen entgegen. Im Besonderen die Argumentation eines SPD-Verordneten, nach eigenem Bekunden „Gewerkschafter“, erstaunte unsere Fraktion. Beamten stünde aus seiner Sicht kein Streikrecht zu, da diese ja gut abgesichert seien. Wenn sie streiken wollen, sollten sie doch ihren Beamtenstatus ablegen. Die Linksfraktion setzte dem entgegen, dass alle LehrerInnen gleichermaßen von Arbeitsbelastungen und stän-

digen Umstrukturierungen betroffen seien. Außerdem hatte das Verwaltungsgericht Düsseldorf im vergangenen Jahr Strafmaßnahmen gegen streikende Beamte untersagt.

Björn Tielebein

Kurz berichtet:

Aus dem Bezirksvorstand

Auch in diesem Monat ging es natürlich wieder um die bevorstehenden Wahlen. Das wird auch in den nächsten Monaten so bleiben. Mit der Hauptversammlung und der Vertreterversammlung, über die dieses Infoblatt in der April-Ausgabe berichtet hat, haben wir uns im Bezirk die Voraussetzung für einen erfolgreichen Wahlkampf geschaffen. Schaut man sich die Liste unserer Kandidaten an, so kann man mit einem modernen Ausdruck sagen, wir sind „gut aufgestellt“. Genauer und verständlicher: Wir haben in allen sechs Wahlkreisen unseres Bezirkes für das Abgeordnetenhaus Genossinnen und Genossen nominiert, deren Namen nicht nur innerhalb unserer Partei bekannt sind, mit denen sich auch politische Inhalte verbinden.

Zwei Kandidaten – Wolfgang Brauer und Gabriele Hiller – sind erfahrene und – ich sage es sehr bewusst – „kämpferprobte“ Abgeordnete, die vier anderen – Manuela Schmidt, Regina Kittler, Heinrich Niemann und Klaus-Jürgen Dahler – haben als Kommunalpolitiker einen „guten Namen“. Das ist eine „Mann“schaft (Entschuldigung, da weiß ich keine weibliche Form), mit der wir gut in den Wahlkampf gehen können.

Das gilt aber auch für die KandidatInnen für die Bezirksverordnetenversammlung. Diese Liste führt Bezirksbürgermeisterin Dagmar Pohle an. Natürlich steht dahinter unsere erklärte Absicht, auch im neuen Bezirksamt wieder die Bürgermeisterin zu stellen. Aber das muss erst mal durch ein entsprechendes Wahlergebnis untermauert werden. Neben erfahrenen Bezirksverordneten stehen junge Genossinnen und Genossen auf der Liste, teilweise auch schon mit BVV-Erfahrung, aber auch mit der ausdrücklichen Absicht, sich ein

eigenes Aufgabenfeld zu erarbeiten. Dass DIE LINKE einen hohen Altersdurchschnitt hat, ist bekannt, aber wir haben erfreulich viele junge Mitglieder, die im wohlverstandenen Sinne „in die Politik drängen“. Und was den Bezirksvorstand ganz besonders gefreut hat: Auf unserer Kandidatenliste sind 55 Prozent Frauen, und das ohne offizielle Quote, denn die gibt es bei Vertreterversammlungen nicht. Das ist auch für DIE LINKE (noch?) nicht alltäglich.

Und wir haben unser Wahlprogramm beschlossen, mit dem Motto „Marzahn-Hellersdorf in Berlin – Solidarität. Demokratie. Zukunft.“ Wir haben es ausführlich diskutiert, es gab zahlreiche Änderungsvorschläge und ein klares Abstimmungsergebnis. Und auch wenn wohl kaum zu erwarten ist, dass viele Wähler DIE LINKE auf Grund des Studiums ihres bezirklichen Wahlprogramms wählen: Es ist auch ganz wesentlich ein Programm für uns selbst – es soll unsere Argumente, das Auftreten unserer KandidatInnen, das Wirken aller GenossInnen im Wahlkampf bestimmen. Und falls es jemand noch nicht bemerkt hat – wir sind schon mittendrin.

Bernd Preußer

Wir helfen: 10 Kinder ins Sommercamp

!! Kinder aus Familien mit ALG II oder Geringverdiener erhalten von uns einen Reisekostenzuschuss von 60 Euro für die Ferienlager in Prieros !!

LARES e.V. veranstaltet in Prieros bei Königs Wusterhausen in Kooperation mit der KJF-Erholung Prieros und F&F-Reisen erneut unser Ferienlager 2011. Gefördert wird dies durch Gewerbetreibende und die BO51 in Marzahn NordWest.

Die Delegierten des Landesparteitages haben uns bereits unterstützt.

Weitere Spenden an LARES e.V. sind willkommen:

Konto-Nr.: 6600424204 / Berliner Sparkasse / BLZ 10050000 - Verwendungszweck: Spende Sommercamp 2011.

Unser Ferienlager bietet als „Natur und Kanucamp“ für alle Kinder viel Spass und Erholung direkt am Hutschensee.

Unterbringung: Feste Häuser oder Bungalow, Mehrbettzimmer, einfache Ausstattung, inkl. Bettwäsche, WC/Du auf den Etagen /zentral. Alter: 6 - 14 Jahre Eigene An- (16-17h) und Abreise (9-10h), inklusive: Vollverpflegung, Rundum-Betreuung und Freizeitprogramm Programmgestaltung, Sport- und Spielgeräteverleih. Bettwäsche, Kanutouren, Ausflüge – alles bereits im Reisepreis enthalten.

Reise	Zeit	Preis / gefördert
PRS 057110	23.07. - 30.07.2011	199 Euro / 139 Euro
PRS 067110	30.07. - 06.08.2011	199 Euro / 139 Euro

Weitere Durchgänge bei F&F-Reisen

PRS 017111 09.07. - 16.07.2011 199 Euro

PRS 027111 16.07. - 23.07.2011 199 Euro

Verlängerungswoche nur 189 Euro

Für die Kinder in Marzahn Stadtteil NordWest hat der Quartiersrat die Projektidee „Kinder- u. Jugendfreizeit“ beschlossen.

Hier wir voraussichtlich eine 50 % Förderung des TN-Preises möglich sein.

Nachfragen und Buchung: unter www.laresev.de, www.ff-reisen.de oder Telefon: 030 9349 22 05 oder www.kjf-prieros.de und im F&F-Reisebüro im Havemann-Center (Flämingstraße 122)

* Wir suchen noch Betreuer für unser Ferienlager in Prieros 2011*

Ihr habt Spaß daran mit Kindern zu arbeiten, seid unternehmungslustig und könnt gut organisieren? Dann bewirbt euch bei uns als Betreuer

Voraussetzungen für Betreuer bei F&F

Du musst zum Zeitpunkt der Betreuung 18 Jahre alt sein, Verantwortungsbewusstsein, Selbstständigkeit, Teamfähigkeit und Durchsetzungsvermögen, Spaß an der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen, Fähigkeit Sachverhalte (Belehrungen, Regeln und Normen, eigene kreative, handwerkliche oder künstlerische Fähigkeiten) leicht verständlich zu vermitteln, erfolgreiche Teilnahme an der F&F-Betreuer-Schulung in Prieros, Teilnahme an einem Informationsgespräch (für Erstbetreuer), Teilnahme am Vorbereitungstreffen für den jeweiligen Durchgang.

Der Einsatz als Betreuer kann als Praktikum für pädagogische Berufe, Studium oder Ausbildung angerechnet werden.

Habt ihr Fragen oder wollt euch bewerben?

Reisebüro F&F Reisen Flämingstraße 122, 12689 Berlin

Tel.: 93 49 22 05/06 / Fax: 07; eMail: rb@ff-reisen.de

Internet: www.ff-reisen.de (optimiert für Internetexplorer)

LARES e.V. c/o S. Fahrenkrog-Petersen

Straße 46 Nr. 27 in 13129 Berlin

Telefon 0170 / 83 52 674

E-Mail vorstand@laresev.de Web: www.laresev.de

Infosplitter

Ausstellung

Am 8. April 2011 wurde im Alten Rathaus Marzahn die Dauerausstellung des Vereins „Lyra e.V.“ (Verein zur Förderung der Integration für deutsche Spätaussiedler) „Das gebrochene Schweigen“ eröffnet. Viktor Fromm, der Vereinsvorsitzende, dankte vor allem Klaus-Jürgen Dahler, Fraktionsvorsitzender DIE LINKE; Petra Wermke, Vorsteherin der BVV, und Bürgermeisterin Dagmar Pohle für die Unterstützung. Die Ausstellung kann montags und donnerstags von 13 bis 17 Uhr in Raum 1044/1046 (Anmeldung Raum 1050/1051) besichtigt werden.

Schlussbaum

Am 26. April 2011 wurden mit der Setzung eines Schlussbaums die Arbeiten am und auf dem

Helene-Weigel-Platz beendet. Bürgermeisterin Dagmar Pohle (s. Foto re.) hob die gute Zusammenarbeit hervor und bedankte sich bei allen Beteiligten, besonders auch bei Mitgliedern der Bürgerinitiative, allen voran Helfrid Kreuzer.



Kitaplätze

Seit 2007 steigen im Bezirk die Kinderzahlen wieder an und damit wächst der Bedarf an Kitaplätzen. Von 2008 bis 2010 ist Zahl der Kitaplätze von 8770 auf 9400 erhöht worden. Eine Kita (Grabensprung 51) wurde neugebaut, in der Dessauer Straße 4 wurde eine ehemaligen Jugendfreizeiteinrichtung zur Kita umgebaut, in mehreren Kitagebäuden, die zwischenzeitlich anders genutzt wurden, wurden wieder Kitaräume eingerichtet (Golliner Straße 4-6, Glambecker Ring 80-82, Bruno-Baum-Straße 60-62). In der Raoul-Wallenberg-Straße 52 und am Havelländer Ring 32 (Schulteil) entstanden ebenfalls neue Kitas. Durch Ausbau in bestehenden Kitas (Adorfer Straße 8, Garzauer Straße 29, Schwalbenallee 86, Ingolstädter Straße 28, Pestalozzistraße 28). Trotz dieser Maßnahmen zur Schaffung neuer Kitaplätze kann der Bedarf nicht ausreichend gedeckt werden, so dass der Bau und Ausbau weiterer Kitas notwendig ist.

Auch Kühe

Im Rahmen der „urbanen Landwirtschaft“ im Bezirk zur Beweidung von Flächen werden ab Mai 2011 drei schottische Hochlandrinder ihre „Arbeit“ im Eichepark, in der Nähe der Golliner Straße aufnehmen. Das Gelände wird durch die Agrarbörse Deutschland-Ost e.V. zurzeit eingezäunt.

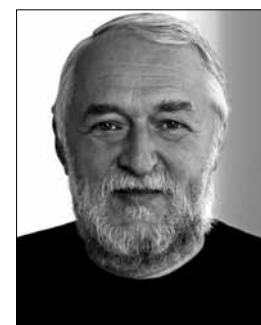
Text: **Renate Schilling**

Foto: **Sabine Behrens**

Römer, Müllschlucker und kaputte Straßen

Es ist gut, mitunter über den Gartenzaun zu schauen, um zu lernen, was der Nachbar besser macht. In den Osterferien auf dem niedersächsischen Lande sah ich etwas, was in Berlin seit langem abgeschafft wurde: Eine Sperrmüllsammlung des kommunalen Müllentsorgers. Entgeltfrei natürlich, einmal im Jahr. In Berlin muss man sein Zeug entweder selbst auf den Recyclinghof bringen oder gegen teures Geld abholen lassen. Dann geht es in die „Verwertung“ – sprich Verbrennung, Schredderung oder die Schmelze. Der Entsorger kassiert also doppelt. Durch die einzige Straße meines Urlaubsdorfes fahren seit heute morgen ständig diverse Kleintransporter und ihre Fahrer laden auf, was noch brauchbar ist oder scheint. Diese Leute leben davon und das ist ehrenwert. Sie sorgen zudem dafür, dass viele noch brauchbare Sa-

Ber ... Jetzt wiehert der Bürokratenschimmel im Hause der Senatorin Junge-Reyer (SPD)



Wolfgang Brauer, kandidiert erneut fürs Berliner Abgeordnetenhaus, im Wahlkreis 1 (Marzahn-NordWest/Ahrensfelde-Süd).

und „verordnet“, dass „getrennte Einwurföffnungen für Schächte in den Häusern“ vorliegen müssten oder alternativ „im Vorraum der Einwurfanlagen“ Sammelbehälter aufgestellt werden müssten. Das ist bössartige Schikane und dient nur dazu, den Willen der Parlamentarier, die einen be-

Garantiert nur mit uns.

DIE LINKE.

chen an Menschen mit weniger dicker Börse kommen. Das ist sozial und entschieden ökologischer als das Berliner System. Auch wenn jetzt manche sicher die Nase rümpfen werden. Übrigens schreibt der niedersächsische Müllbetrieb keine roten Zahlen als die BSR ... „Geld stinkt nicht“, sagten die Römer.

In Berlin wird die Ökologie verordnet. Zum Beispiel die Mülltrennung durch das Abschaffen der Müllschlucker. Massive Proteste gegen diese bürokratische Umweltschutzmaßnahme, die keine ist, führten dazu, dass die rot-rote Koalition erklärte, wenn die Mülltrennung gewährleistet sei – das ist bei gelber und blauer Tonne der Fall – könnten die Dinger bleiben. Das ist die geltende Gesetzeslage. Daran haben sich alle zu halten. Alle, au-

ber ... Jetzt wiehert der Bürokratenschimmel im Hause der Senatorin Junge-Reyer (SPD) und „verordnet“, dass „getrennte Einwurföffnungen für Schächte in den Häusern“ vorliegen müssten oder alternativ „im Vorraum der Einwurfanlagen“ Sammelbehälter aufgestellt werden müssten. Das ist bössartige Schikane und dient nur dazu, den Willen der Parlamentarier, die einen begangenen Fehler korrigieren wollten, zu torpedieren. Hier wackelt der Schwanz mit dem Hund und das ist nicht hinnehmbar. Nicht hinnehmbar ist auch, dass die Marzahn-Hellersdorfer SPD-Mandatsträger jetzt versuchen, den Schwarzen Peter der LINKEN zuzuschieben. Die zuständige Senatorin für diesen Unsinn ist Sozialdemokratin. Am Müllschlucker hängt wahrlich nicht das Schicksal der Welt, aber hier steht die Glaubwürdigkeit und Berechenbarkeit von Politik auf dem Spiel. „Was immer du tust, bedenke die Folgen“, hieß es im römischen Senat.

Im Falle der Müllschlucker hatten wir alle nicht aufgepasst, beim unsäglichen Straßenausbaubeitragsgesetz haben wir uns täuschen lassen. Das Gesetz muss weg – und wenn wir als DIE LINKE dies erklären, können wir nicht nur argumentieren, dass dies nach den Wahlen geschehen werde. Jetzt haben wir noch die Möglichkeit dazu. Dieses Gesetz sollte vor dem 18. September fallen.

Wolfgang Brauer (Mda)/Foto: DiG

Frühjahrsputz

am U-Bahnhof Kaulsdorf-Nord

Machen Sie mit am 7. Mai

Die Bezirksbürgermeisterin von Marzahn-Hellersdorf, Dagmar Pohle, die Vorstandsvorsitzende der BVG, Dr. Sigrid Nikutta, und der Geschäftsführer der STADT UND LAND Wohnbauten-Gesellschaft mbH, Ingo Malter, rufen die Anwohnerinnen und Anwohner für den

7. Mai von 9 - 13 Uhr zu einem Frühjahrsputz rund um den U-Bahnhof Kaulsdorf-Nord auf und werden persönlich mit Hand anlegen.

Mit Unterstützung der beauftragten Firmen, die entsprechende Geräte zur Verfügung stellen, werden Wege gesäubert, Grünanlagen gepflegt und versteckte Schmutzecken beseitigt. Wer seine eigenen Geräte mitbringen möchte, kann dies gern tun und ist herzlich willkommen.

Auch die gewerblichen Anlieger wollen das Erscheinungsbild ihrer Immobilien verschönern und beteiligen sich.

In den U-Bahn-Zugängen entstehen an diesem Tag vier unter professioneller Anleitung gestaltete Graffiti-Bilder. Neugierde aufs Ergebnis ist erlaubt!

Treffpunkt: U-Bahnhof-Übergang, Eingang Regenbogen-Apotheke.

Prof. Dr. Siegfried Prokop zu Gast im Marzahner Gesellschaftspolitischen Forum

Intellektuelle in den Wirren der Nachkriegszeit – die soziale Schicht der Intelligenz der SBZ/DDR von 1956-1965

Professor Siegfried Prokop hat sich seit Anfang der 80er Jahre mit der Sozialgeschichte der DDR-Intelligenz beschäftigt. Was waren das für Menschen? Wie haben sie sich verhalten? Nach der marxistisch-leninistischen Definition von Klassen und Schichten gehörten sie einer sozialen Schicht an, die beruflich vorwiegend geistige Arbeit leistet und in der Regel eine höhere Schulbildung hat. Innerhalb dieser Schicht wurde zwischen technischer, medizinischer, pädagogischer, wissenschaftlicher und künstlerischer Intelligenz unterschieden. Aber je nachdem, wo ihr Schreibtisch stand, wurde z.B. das Studium ihrer Kinder gefördert, oder eben nicht.

Zwanzig Jahre nach der Wiedervereinigung gibt es kaum ein Thema, das von der Politik, aber auch von den Intellektuellen selbst unterschiedlicher wohl nicht dargestellt werden kann. Das Spektrum reicht von idealisierender Verklärung ihrer Rolle beim Aufbau eines alternativen Gesellschaftsmodells mit den Grundwerten Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität bis zur grobschlächtigen Kategorisierung in Täter und Opfer unter einem totalitären Regime, das von Repressalien und Unterdrückung geprägt war.

Der dargestellte Zeitraum fokussierte sich nicht nur auf die geschichtsträchtigen Jahre 1956 und 1961. Die endgültige Abschaffung der 1-Klassen-Schule in der DDR 1959, verbunden mit der überstürzten Einführung der Polytechnischen Oberschule (POS), und die radikale kapazitive Erhöhung der Studienplätze für den wissenschaftlich-technischen Nachwuchs (von 3 auf 10 Technische Hochschulen), die Flucht des gut ausgebildeten akademischen Nachwuchses in den Westen, die Krise der DDR-Intelligenz durch die sowjetischen Einflüsse des Lyssekoismus und Pawlowismus oder die mögliche Absenkung der Zahl der Hochschulabsolventen 1964, weil es keine „Abgänge“ mehr gab, das alles kennzeichnete diese Periode und prägte das Selbstverständnis der Intellektuellen und ihre geistig-kulturellen Auseinandersetzungen mit dem politischen System in der DDR.

Die angeregte Diskussion nach dem Vortrag bestätigte, dass Professor Prokop ein Thema berührt hatte, das viele Anwesende an ihre eigene Biografie und den eigenen beruflichen Entwicklungsweg erinnerte – und so auch nicht losgelöst von Emotionen erörtert wurde.

Prof. Siegfried Prokop gibt gemeinsam mit Dieter Zänker im Auftrag des Kulturbundes e.V. seit 2007 „Schriften zur Geschichte des Kulturbundes“ heraus. Im Juni 2010 hatte er im Marzahner Gesellschaftspolitischen Forum mit dem 1. Band die Ergebnisse für die

ersten zehn Nachkriegsjahre vorgestellt.

Dr. Wolfgang Girmus

Intellektuelle. In den Wirren der Nachkriegszeit. Die soziale Schicht der Intelligenz der SBZ/DDR von 1956-1961. Teil II. Hrsg. von Siegfried Prokop und Dieter Zänker. Edition Zeitgeschichte Band 49, Bd. II, Kai Homilius Verlag, Berlin 2011.

ISBN 978-3-89706-829-2.

Intellektuelle. In den Wirren der Nachkriegszeit. Die soziale Schicht der Intelligenz der SBZ/DDR. Teil I. 1945-1955. Hrsg. von Siegfried Prokop und Dieter Zänker. Edition Zeitgeschichte Band 49, Bd. I, Kai Homilius Verlag, Berlin 2010. ISBN 978-3-89706-836-0.

Ein herzliches Dankeschön aus Kuba

Am 17. Februar übergaben Cuba Sí-Compañeros im Milchprojekt Rosafé (Provinz Havanna/Mayabeque) den Bulldozer, für den wir im Mai 2010 eine Spendenkampagne gestartet hatten.

Jetzt haben uns die Projektmitarbeiter die ersten Fotos vom Einsatz des schweren Gerätes im Kampf gegen den Marabú-Strauch geschickt. „Dieser Bulldozer“, schreiben sie, „ist eine enorme Arbeitserleichterung für uns. Er ermöglicht uns, große Flächen für die landwirtschaftliche Nutzung zurückzugewinnen.“

Für uns Kubaner bedeutet diese zusätzliche Anbaufläche eine höhere Produktion von Lebensmitteln und Futterpflanzen – und damit weniger Devisen-Importe.“ Der Leiter des Cuba-Sí-Projekts in Rosafé, Eduardo Sosa, bat uns, allen Spenderinnen und Spendern in Deutschland noch einmal ein riesiges Dankeschön zu übermitteln: „Muchas gracias – viva

la solidaridad!“ Ein Video von der Bulldozer-Übergabe gibt's im Internet unter www.cuba-si.org.
AG Cuba Sí



*Der Cuba-Sí-Bulldozer knickt mit der Schaufel die Marabú-Stämme ab und zieht anschließend mit den Greifern die tief-liegenden Wurzeln aus der Erde.
Foto: Cuba Sí*

Wer helfen möchte: Sonderspendenkonto beim Parteivorstand DIE LINKE/Cuba Sí, Kontonummer: 13222210 Berliner Sparkasse, BLZ 10050000. Verwendungszweck: Milch für Kubas Kinder

Aus den Siedlungsgebieten

Das Straßenausbaubeitragsgesetz gehört abgeschafft!

Der Landesparteitag der LINKEN hat sich auf Antrag von Genossinnen und Genossen aus Köpenick und Marzahn-Hellersdorf für die Abschaffung des Straßenausbaubeitragsgesetzes ausgesprochen. Das Gesetz war während der Haushaltsnotlage 2006 von Rot-Rot beschlossen worden und sollte die Klage Berlin vor dem Bundesverfassungsgericht stützen. Wir hatten bei uns im Bezirk einen überfraktionellen Beschluss mitgetragen, um unnötige Härten gegenüber den Eigentümern von Grundstücken in Kaulsdorf, Mahlsdorf und Biesdorf zu verhindern. Deshalb beschlossen wir: Für zum Ausbau vorgesehene Straßen ist ein Nachweis der ständigen Unterhaltung zu erbringen. Planung und Bau von Straßen müssen mit niedrigen Kosten erfolgen. Anlieger müssen mit großer Mehrheit der Ausbauvariante zustimmen und

ein Ausbau darf nur mit Beschluss der BVV erfolgen.

Wir haben keinen einzigen Straßenausbau nach dem Gesetz dazu beschlossen und das Bezirksamt und die BVV haben sich bis jetzt an unsere Beschlussfassung gehalten. Wir wollen nicht nur, dass das so bleibt. Wir sehen den Erhalt und die Verbesserung der verkehrlichen Infrastruktur als eine Gemeinschaftsaufgabe. Dafür haben sich vor allem Eberhard Roloff, Regina Kittler und Dr. Heinrich Niemann stark gemacht. Wir fordern die Außerkraftsetzung des Straßenausbaubeitragsgesetzes und eine Regelung, die den Neubau und Erhalt der verkehrlichen Infrastruktur als kommunale Gemeinschaftsaufgabe beinhaltet.

Klaus-Jürgen Dahler

Fraktionsvorsitzender DIE LINKE

Studierendenverbände fordern freien Zugang zum Masterstudium

Juso-Hochschulgruppen, freier Zusammenschluss von StudentInnenschaften (fzs), CampusGrün, LHG, LINKE.SDS sowie die DGB-Jugend stellen gemeinsame Erklärung vor.

Zum Auftakt der Vorlesungszeit an den meisten Hochschulen haben sich die Studierendenverbände und die DGB-Jugend in einer gemeinsamen Erklärung für einen freien Zugang zum Masterstudium ausgesprochen. Diese wurde jüngst in der Humboldt-Universität in Berlin vorgestellt.

Sie fordern, dass Studierende selbst entscheiden dürfen, ob sie mit einem Bachelor-Abschluss ins Berufsleben starten oder ein Masterstudium aufnehmen. Von Bund, Ländern und Hochschulen fordern sie auf der Bologna-Konferenz am 6. Mai 2011 eine grundlegende Reform des Übergangs zwi-

schen Bachelor- und Masterstudium.

Eine grundlegende Reform muss eine qualifizierte Neugestaltung der Bachelorstudiengänge einschließen und die Situation von Absolventinnen und Absolventen mit Bachelorabschluss auf dem Arbeitsmarkt verbessern. Gleichzeitig wird ein freier Zugang für Masterstudiengänge und ein Bund-Länder-Programm zum Ausbau der Kapazitäten in diesem Bereich gefordert.

Die Verbände rufen alle Studierenden auf,



das Thema an ihre Hochschulen zu bringen und sich mit Petitionen an die Landesparlamente zu wenden.

Mehr Infos unter: www.linke-sds.org

Ausschreibung Mentoringprogramm

Die Partei DIE LINKE wird im Rahmen der Nachwuchsförderung in diesem Jahr erstmalig ein Mentoringprogramm durchführen. Das Programm eröffnet aktiven und engagierten Frauen im Alter von 18-35 Jahren die Möglichkeit, DIE LINKE und ihre Politik umfassend kennenzulernen und Handwerkszeug und Qualifizierung zu erwerben, auch um zukünftig mehr Verantwortung zu übernehmen. Es handelt sich dabei um die gezielte Förderung von jungen Frauen, die bereits für DIE LINKE aktiv sind.

Das Programm läuft von September 2011 bis Juni 2012. Es stehen 16 Plätze zur Verfügung, je Landesverband einer. Wir bieten einen umfangreichen Einblick in die politische Praxis und die Möglichkeit einer/m erfahrenen PolitikerIn bei der Arbeit über die Schulter zu schauen. Das Vermitteln von politischem Handwerkszeug und theoretischem Wissen gehört ebenfalls zu diesem Programm.

Wen suchen wir?

Bist du kreativ, ideenreich, engagiert und bereits aktiv bei der Partei DIE LINKE? Es

ist egal, ob du gerade erst in DIE LINKE eingetreten - oder schon länger dabei bist, ob du in der Hochschulpolitik aktiv bist oder im Jugendverband mitmachst: Wenn du studierst, weiblich bist, Lust auf mehr Politik hast, voller Energie und Tatendrang steckst, den Mut hast zum Mitmischen, kommunikations- und teamfähig bist und wenn du mehr Verantwortung übernehmen möchtest, dann bewirb dich jetzt.

Kontakt und Bewerbung

Bitte schicke deine Bewerbungsunterlagen per eMail (Anschreiben, Lebenslauf) an:

Bundesgeschäftsstelle DIE LINKE
Bundesgeschäftsführung
Caren Lay und Werner Dreibus
Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin

bundesgeschaeftsfuehrung@die-linke.de

Bewerbungsfrist bis zum 15. Mai 2011.

Die Auswahl wird durch den Geschäftsführenden Parteivorstand getroffen.

Bei Fragen kannst du dich mit Antje Schiwatschew in Verbindung setzen: antje.schiwatschew@die-linke.de oder telefonisch 030 24009340.



Veranstaltungen**Gedenken zum Tag der Befreiung**

» **8.5., 10 Uhr**, Parkfriedhof Marzahn, Wiesenburger Weg 10, 12681 Berlin sowie **11.30 Uhr**, Gedenkstätte in der Brodauer Straße, 12621 Berlin, **Kranzniederlegungen anlässlich des 66. Jahrestages der Befreiung vom Hitlerfaschismus**

Politische Bildung

» **10.5., 19 Uhr**, KulturGut, Alt-Marzahn 23, 12685 Berlin, Thema: „Der Weg in die deutsche Einheit. Wiedervereinigung oder Anschluss“, Referent: Dr. Detlef Nakath (Potsdam), Moderation: Dr. Wolfgang Girmus, Eintritt: 1,50 Euro

Gesamtmitgliederversammlungen:**Wahlkreis 5**

» **16.5., 19 Uhr**, Franz-Carl-Achard-Grundschule, Adolfstraße 25, 12621 Berlin, mit dem Direktkandidaten Dr. Heinrich Niemann, Basisgruppensprechern Mahlsdorf/Kaulsdorf (teilweise) und allen Mitgliedern der LINKEN, die im Wahlkreis wohnen; Beratung für die Vorbereitung des Wahlkampfes

Wahlkreis 6

» **23.5., 19 - 21 Uhr**, Kompass, Kummerower Ring 42, 12619 Berlin, mit dem Fraktionsvorsitzenden und Direktkandidaten, Klaus-Jürgen Dahler, Basisgruppensprechern Kaulsdorf-Nord/Hellersdorf-Süd und allen Mitgliedern der LINKEN, die im Wahlkreis wohnen; Beratung für die Vorbereitung des Wahlkampfes

Freundschaftskonzert

» **20.5., 16 Uhr**, Münzenbergsaal, Bürogebäude Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, unter dem **Motto: „Frieden, allen Völkern Frieden“** veranstaltet der **Ernst-Busch-Chor Berlin mit dem dänischen Oktoberkoret** ein gemeinsames Freundschaftskonzert, Eintritt frei, eine Spende wird gern gesehen

Kuba aktuell

» **31.5., 19 Uhr**, Club „Spittelkolonnaden“ Leipziger Straße 47, Eingang Jerusalemer Straße/Ecke Krausenstraße, 10117 Berlin; Botschaftsrat der Botschaft der Republik Kuba, Eduardo Lazo, informiert und beantwortet Fragen: **„Mit großer Zuversicht in die Zukunft - Kuba aktualisiert seine Revolution!“**

Hinten links**Kriegskinder**

Im Krieg gibt es vier Hauptgruppen von Menschen: Soldaten, Zivilbevölkerung, Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter. Weil es aber Menschen bleiben – ob gute, schlechtere oder böse – kommen sie zusammen und sie mischen sich untereinander. Seit jeher ein Tabu-Thema überall in der Welt. In Deutschland und Westeuropa leben noch mehr als 800.000 Kinder des Zweiten Weltkrieges, die Jüngsten sind jetzt 60 Jahre alt. Doch noch immer bezeichnet man sie als „Kinder der Schande“ und „Bastarde“ u. ä. – ihr Leben lang unterprivilegiert, verachtet, gedemütigt. Aufgewachsen meist bei ihren allein erziehenden Müttern oder gar in Kinderheimen, ohne je eine Familie gekannt zu haben. Schon das Alte Testament weiß im ersten Gebot (2. Mose 20) zu berichten, dass die Schuld der Väter die Kinder bis in die dritte und vierte Generation heimsucht.

Frage

Warum kennt man in den Ländern des ehemaligen Ostblocks und im fernen Osten nur wenige Einzelschicksale, aber keine Statistik über die Kriegskinder?

R. Rüdiger

Bezirksvorstand

» **17.5., 7.6., 21.6.** jeweils 19.30 Uhr Beratung des Bezirksvorstandes, im Linken Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin

Basisgruppensprecher-Beratungen

» **8.6.**, 18 Uhr (BO Biesdorf) Theater am Park, Begegnungsstätte, Frankenhöfer Weg 4, 12683 Berlin

» **8.6.**, 19.30 Uhr (BO Wahlkreise 1, 2 und Bereich Springpfuhl) Kieztreff interkulturell, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

» **9.6.**, 19.30 Uhr (BO Hellersdorf) Henny-Porten-Str. 10-12

Freundeskreis Cuba

» **17.5., 18 Uhr**, Linker Treff, Henny-Porten-Str. 10-12, **Freundeskreis Cuba**

BVV-Fraktion

» **Sprechstunde der Fraktion DIE LINKE** im früheren Marzahner Rathaus, Helene-Weigel-Platz 8 (Raum 312), 12681 Berlin: mittwochs 14 - 18 Uhr, Telefon 54431890

Sprechstunden

» **10.5., 19.30 - 20.30 Uhr**, **Wolfgang Brauer** (MdA), Petra Wermke (BVV-Vorsteherin), Bürgerzentrum Marzahn-Nordwest, Wörlitzer Straße 3a, 12689 Berlin

» **16.5., 17 - 18 Uhr**, **Dagmar Pohle**, Bezirksbürgermeisterin, und **Regina Kittler**, stellv. Vorsitzende der Linksfraktion in der BVV, Turmzimmer, Alt-Biesdorf 55, 12683 Berlin

» **16.5., 17 Uhr**, **Dr. Gabriele Hiller** (MdA), Kino „Kiste“, Heidenauer Straße 10, 12627 Berlin

» **30.5., 16 Uhr**, **Dr. Margrit Barth** (MdA), Kieztreff interkulturell, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

» **jeden Donnerstag, 10 - 13 Uhr**, **Klaus-Jürgen Dahler**, BVV-Fraktionsvorsitzender der LINKEN, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, für soziale Akteure und Hilfe für Arbeitslose

Politischer Frühschoppen

» **15.5., 11-13 Uhr**, Schloss Biesdorf, Alt-Biesdorf 55, 12683 Berlin, mit Bezirksbürgermeisterin Dagmar Pohle und Regina Kittler, stellv. Fraktionsvorsitzende und Direktkandidatin fürs Berliner Abgeordnetenhaus im Wahlkreis 4

Geschäftsstelle und Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12

(fon: 5412130/9953508 - fax: 99901561)

Offen:	Montag	13 - 17 Uhr
	Dienstag	9 - 17 Uhr
	Donnerstag	9 - 19 Uhr
	Freitag	9 - 15 Uhr

Bitte beachten:

Jeden Mittwoch und am 3.6. ist der Linke Treff geschlossen.

Impressum Marzahn-Hellersdorf links

Herausgeber: DIE LINKE. Berlin. V.i.S.d.P.: Yvette Rami. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion wieder. Veröffentlichungen unter „Post an uns“ (Leserzuschriften) sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht Sinn wahrender Kürzungen von Beiträgen vor.

Layout: Yvette Rami

Anschrift der Redaktion: Henny-Porten-Str. 10-12, 12627 Berlin
fon: 5412130/9953508, fax: 99901561.

Internet: www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de

E-Mail: bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

Redaktionsschluss: 03.05.2011. Auslieferung ab: 04.05.2011. **Druck:** Eigendruck. „Marzahn-Hellersdorf links“ wird aus Spenden seiner Leserinnen und Leser finanziert. Empfehlung: 25 Euro-Cent. Die nächsten Ausgaben erscheinen am 01.06. und 30.06.2011.